



Informationsbrief der Bundes-SGK

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 27. Juni 2019

- 1. Die Grundsteuer ist eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen** | Einbringung von drei Gesetzentwürfen im Deutschen Bundestag in dieser Woche
- 2. SPD-Parteivorstand beschließt Verfahren zur Wahl der Parteiführung** | Neue Parteiführung wird auf Bundesparteitag im Dezember 2019 gewählt, vorher findet eine Mitgliederbefragung statt
- 3. Bundestag berät über Wohngeldstärkungsgesetz** | Größere Reichweite und Leistungsspektrum beim Wohngeld – Entlastung bei Leistungen zur Grundsicherung erwartet
- 4. Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK** | 19./20. Oktober 2019 in der Franken-Akademie – Anmeldungen ab sofort möglich
- 5. Zunahme von Drohungen und Gewalt gegen KommunalpolitikerInnen** | Umfrage des Magazins „Kommunal“
- 6. Erfolge bei Direktwahlen in Wiesbaden und im Landkreis Alzey-Worms** | Stichwahlen am 16. Juni
- 7. Literaturhinweise** | Hanne Weisensee und Axel Priebs

1. Die Grundsteuer ist eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen

Nach der Einigung der Koalitionsparteien im Koalitionsausschuss Mitte Juni, die Grundsteuerreform nunmehr auf den Weg zu bringen und dabei über eine Grundgesetzänderung die Bundeskompetenz grundgesetzlich festzuschreiben und eine Abweichungsgesetzgebung der Länder zu ermöglichen, hat das Bundeskabinett am letzten Freitag die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Heute, am Donnerstag, dem 27. Juni 2019 berät der Bundestag das Gesetzpaket in erster Lesung. Danach stehen absehbar noch schwierige Verhandlungen insbesondere über die geplanten Grundgesetzänderungen bevor.

Mit der Reform der Grundsteuer soll auch eine Grundsteuer C eingeführt werden, die auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke erhoben werden kann. Damit soll den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, Bauland zu mobilisieren, ihre Baulücken leichter zu schließen, Spekulationen entgegenzuwirken und eine gute Stadtentwicklung zu betreiben.

Gesetzentwürfe und Informationen zum parlamentarischen Verfahren:

<https://www.bundestag.de/#url=L2Rva3VtZW50ZS90ZXh0YXJjaGl2LzlwMTkva3cyNi1kZS1ncnVuZHN0ZXVlci02NDg5ODI=&mod=mod493054>

Weitere Infos zum Thema

Pressemitteilung von Frank Baranowski: „Koalitionsausschuss einigt sich über die Reform der Grundsteuer – CSU nimmt den Rest der Republik in Geiselhaft,“
www.bundes-sgk.de/artikel/koalitionsausschuss-einigt-reform-grundsteuer-csu-nimmt-rest-republik-geiselhaft

Deutscher Städtetag: „Städtetag erleichtert über Kabinettsbeschluss zur Grundsteuer - kein Flickenteppich zu erwarten“: <http://www.staedtetag.de/presse/statements/089151/index.html>

Deutscher Landkreistag: „Einigung zur Grundsteuer zügig umsetzen – ländliche Räume durch weitere Grundgesetzänderung unterstützen“
<https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/2518-pressemitteilung-vom-18-juni-2019.html>

Deutscher Städte- und Gemeindebund: „Kommunen fordern jetzt rasche Umsetzung“
<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2019/Kommunen%20fordern%20jetzt%20rasche%20Umsetzung/>

2. SPD-Parteivorstand beschließt Verfahren zur Wahl der Parteiführung

In seiner Sitzung am 24. Juni 2019 hat der SPD-Parteivorstand beschlossen, dass die Mitglieder der SPD über den künftigen Vorsitz der Partei entscheiden sollen. Im Zeitraum vom 1. Juni bis 1. September 2019 können sich Teams für eine Doppelspitze – bestehend aus einer Frau und einem Mann – als auch EinzelbewerberInnen ihre Kandidaturen für den SPD-Vorsitz anmelden. Danach sollen sich die BewerberInnen auf Regionalkonferenzen den Mitgliedern vorstellen. Die Mitgliederbefragung soll dann ab dem 14. Oktober 2019 – online und per Briefwahl – durchgeführt werden. Stimmberechtigt sind alle SPD-Mitglieder, die bis zum 14. September 2019 aufgenommen wurden. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung soll am 26. Oktober bekannt gegeben werden. Für den Fall, dass keine Bewerbung die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, ist eine zweite Runde der Mitgliederbefragung vorgesehen, bei der nur noch die zwei Erstplatzierten zur Wahl stehen.

Der SPD-Parteivorstand wirbt in seinem Beschluss für die Einführung einer Doppelspitze. Die erforderliche Änderung des Organisationsstatuts der SPD wurde mit einem entsprechenden Beschluss im Parteivorstand formal auf den Weg gebracht. Der SPD-Bundesparteitag vom 6. bis 8. Dezember 2019 in Berlin muss dann darüber abschließend abstimmen. Die formale Wahl des SPD-Vorsitzes erfolgt dann ebenfalls durch den SPD-Bundesparteitag.

Weitere Informationen

Infos auf [spd.de](https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/-05823dfeba/24/06/2019/): <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/-05823dfeba/24/06/2019/>

Bericht des vorwärts: <https://www.vorwaerts.de/artikel/mitglieder-spd-vorsitz-entscheiden>

3. Bundestag berät über Wohngeldstärkungsgesetz

Der Deutsche Bundestag berät in dieser Woche in erster Lesung über das Wohngeldstärkungsgesetz (WoGStärkG). Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf plant die Bundesregierung die Reichweite und das Leistungsspektrum des Wohngeldes zu erhöhen. Erstmals ist auch eine Dynamisierung des Wohngeldes geplant die ab 2022 greifen soll. So soll sich z.B. das Wohngeld eines Zwei-Personen-Haushaltes der bereits jetzt Unterstützung erhält von derzeit ca. 145 Euro pro Monat um etwa 30 % auf dann 190 Euro monatlich erhöhen.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Die Bundesregierung erwartet, dass sich mit dem Inkrafttreten des WoGStärkG zum 01. Januar 2020 die Zahl der Empfänger von Wohngeld von derzeit 480.000 auf ca. 660.000 Haushalte erhöht. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 25.000 Haushalte durch das erhöhte Wohngeld nicht mehr auf Leistungen aus dem Grundsicherungssystem wie z.B. Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen sein werden.

Der Gesetzentwurf sieht zudem eine Neufestsetzung der Mietstufen für die Gemeinden und Kreise sowie die Einführung einer neuen Mietstufe VII vor um auch höhere Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu berücksichtigen. Um die Entlastungswirkung des Wohngeldes auch perspektivisch zu sichern, ist geplant, alle zwei Jahre per Verordnung eine Anpassung des Wohngeldes an die tatsächliche Miet- und Einkommensentwicklung vorzunehmen. Insgesamt werden sich die Ausgaben für Wohngeld von Bund und Ländern nach Einführung des Wohngeldstärkungsgesetzes im Jahr 2020 auf rund 1,2 Milliarden Euro belaufen.

Gesetzentwurf zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungsgesetz – WoGStärkG):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/108/1910816.pdf>

Gemeinsame Stellungnahme des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte und Gemeindebundes zum Wohngeldstärkungsgesetz

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/stellungnahmen/gesetz-zur-staerkung-des-wohngeldes/deutscher-staedtetag.pdf?__blob=publicationFile&v=2

4. Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK

Am 19./20. Oktober 2019 findet ein Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK in der Franken-Akademie Schloß Schney in Lichtenfels (Bayern) statt. Die Bundes-SGK bietet mit dem Kommunalwahl-Camp ein Angebot, das Grundlagen für eine erfolgreiche Kommunal- und Direktwahl vermittelt. Das Kommunalwahl-Camp unterstützt die TeilnehmerInnen dabei, persönliche Stärken gekonnt ins rechte Licht zu setzen und die eigene Persönlichkeit gezielt weiter zu entwickeln. Mit den Workshops und Kurztrainings bekommen sie ein Stärkungspaket für den Erfolgsfaktor Persönlichkeit. Das Intensivseminar richtet sich an alle Genossinnen und Genossen, die sich in der Praxis mit der Frage befassen, wie eine Wahl für die Kandidatinnen und Kandidaten und auch für die SPD erfolgreich vorbereitet werden kann. Das Kommunalwahl-Camp wird von mehreren Trainerinnen und Trainern moderiert.

Das Kommunalwahl-Camp richtet sich an Interessenten und Interessentinnen für die Wahlen zur kommunalen Vertretungskörperschaft bzw. Direktwahlkandidatinnen und Kandidaten für ein Bürgermeisteramt. Mitglieder von Wahlkampfteams und sind ebenso willkommen. Voraussetzung für eine Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der SPD oder der Bundes-SGK.

Weitere Informationen zum Kommunalwahlcamp (inkl. Online-Anmeldung) finden sich unter:

<https://www.bundes-sgk.de/veranstaltung/kommunalwahl-camp-bundes-sgk-schloss-schney>

5. Zunahme von Drohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker

Durch den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind auch Drohungen und Attacken gegen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gekommen. Das Magazin „Kommunal“ hat hierzu eine Umfrage unter 1.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durchgeführt, die aufzeigt, dass Drohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den vergangenen zwei Jahren zugenommen haben. Fast 8 Prozent gaben an schon einmal physisch angegriffen worden zu sein.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Vor dem Hintergrund des Falle Lübcke unterstrich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede beim Deutschen Städtetag in Dortmund: „Verleumdungen und Angriffe, Hasskampagnen und körperliche Gewalt gegen Stadt- und Gemeinderäte und gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind durch nichts zu rechtfertigen! Wir werden das in unserem Land nicht hinnehmen! Wir dürfen und wir werden das nicht dulden!“

Der neu gewählte Präsident des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung, forderte konsequente strafrechtliche Verfolgung durch Polizei und Justiz und verurteilte Gewalt in jeglicher Form: „Sie ist kein zulässiges Mittel der politischen Auseinandersetzung und darf es auch niemals werden“. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) warnte aufgrund der zunehmenden Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor einer Gefahr für die lokale Demokratie.

Interview mit Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, in der Süddeutschen Zeitung:

www.sueddeutsche.de/politik/rechter-terror-gegen-kommunalpolitiker-nicht-der-angst-erliegen-1.4493497

DStGB: „Lokale Demokratie stärken – Kommunalpolitiker schützen“:

<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2019/Lokale%20Demokratie%20st%C3%A4rken%20%E2%80%93%20Kommunalpolitiker%20wirksam%20sch%C3%Bctzen/>

DStGB: „Hass, Bedrohung & Übergriffe gegen Mandatsträger – Ursachen und Gegenstrategien“ (2018):

https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/Archiv/Archiv%202018/Hass,%20Bedrohungen%20und%20%C3%9Cbergrieffe%20gegen%20Mandatstr%C3%A4ger/2118%20Anlage%20HassBedrohungen%C3%9Cbergrieffe_240518.pdf

DEMO-Online zum Thema

Drohungen gegen Kommunalpolitiker: „Konsequente Strafverfolgung nötig“:

<https://www.demo-online.de/artikel/drohungen-gegen-kommunalpolitiker-konsequente-straiverfolgung-noetig>

„Umfrage: Drohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitiker nehmen zu“:

<https://www.demo-online.de/artikel/umfrage-drohungen-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-nehmen>

6. Erfolge bei Direktwahlen in Wiesbaden und im Landkreis Alzey-Worms

Gert-Uwe Mende wird neuer Oberbürgermeister in Wiesbaden. Bei der Stichwahl am 16. Juni 2019 in der hessischen Landeshauptstadt erzielte der Sozialdemokrat 61,8 % der Stimmen und konnte sich somit deutlich gegen seinen Mitbewerber von der CDU durchsetzen. Gert-Uwe Mende wird sein Amt am 2. Juni 2019 antreten.

Im Landkreis Alzey-Worms (Rheinland-Pfalz) konnte Heiko Sippel (SPD) die Stichwahl zum Amt des Landrats mit 51,0 % der Stimmen für sich entscheiden. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,8 %. Sippel tritt die Nachfolge von Ernst Walter Görisch (SPD) im Januar 2020 an.

Die Bundes-SGK gratuliert Gert-Uwe Mende, Heiko Sippel und den vielen anderen erfolgreichen SPD-Kandidatinnen und Kandidaten bei den Stichwahlen am 16. Juni 2019 herzlich zu ihrem Wahlerfolg!

Die Ergebnisse dieser Stichwahlen sowie der weiteren Direktwahlen zum Amt des Oberbürgermeisters und des Landrats am 26. Mai, 9. Juni und am 16. Juni 2019 sowie die Wahlberichte der Bundes-SGK zu den 10 Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 finden sich, wie bereits berichtet, unter: <https://www.bundes-sgk.de/artikel/kommunalwahlen-direktwahlen-26-mai-2019>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

7. Literaturhinweise

Bürgermeisterin werden – Fahrplan ins Amt

Praxistipps und Coachingtools

von Dr. Hanne Weisensee

Richard Boorberg Verlag, 2019, 182 S.

<https://www.boorberg.de/9783415065369>

„Was will der »Fahrplan«?

Das Buch ermutigt und unterstützt Frauen dabei, »Ja« zu sagen zur Kandidatur für das Bürgermeisteramt. Es bietet eine solide Klärungshilfe für die Entscheidungsphase und beleuchtet zentrale Aspekte, Fallstricke und Chancen für Frauen im Wahlkampf und im ersten Jahr im Amt.

Was steckt drin?

Der Leitfaden bietet einen Mix aus bewährten Coachingmethoden, Strategien und Praxistipps sowie Hintergrundinformationen aus Wissenschaft, Medien und politischer Debatte. So können potenzielle Kandidatinnen die Herausforderungen Schritt für Schritt angehen und sich einen individuellen Fahrplan ins Amt zusammenstellen.“

Die Stadtregion

Planung - Politik - Management

von Axel Prieb

UTB GmbH Verlag, 2019, 329 S., 120 farb. Abb.

„Dieser Titel spannt den Bogen von historischen, geographischen und städtebaulichen Aspekten über wirtschaftliche und administrative bis hin zu politischen Aspekten der Stadtregion. Klassische Stadt-Umland-Konflikte werden mit Lösungsansätzen erörtert. Zahlreiche Fallbeispiele machen die Darstellung konkret, anschaulich und praxisnah. Ideal für Studium und Praxis.“

Datenschutzgrundverordnung

Seit dem 25.05.2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Deshalb haben wir unsere Datenschutzerklärung angepasst. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Informationsbrief auch weiterhin beziehen möchten. Andernfalls haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich davon abzumelden.

<https://www.bundes-sgk.de/kontakt>

<https://www.bundes-sgk.de/datenschutzerklaerung>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de